

*Ulrich Koch - Karl Osner*

## Entwicklung: der neue Name für Friede

Auf dem Weg zu einer Welt-Sozialpolitik

### Die Lage in den Entwicklungsländern

Jahrzehntlang haben die ideologischen und machtpolitischen Auseinandersetzungen zwischen dem Osten und dem Westen die Welt in Atem gehalten. Nicht selten stand die Welt am Abgrund der Katastrophe, des Dritten Weltkriegs. Jetzt haben die sozialen Unterschiede zwischen den industrialisierten Ländern, die vornehmlich auf der nördlichen Halbkugel unserer Welt liegen, und den armen Ländern, die in ihrer Mehrzahl die südliche Halbkugel bedecken, ein weiteres Spannungsfeld von ebenfalls globalem Ausmaß entstehen lassen. Der Nord-Süd Gegensatz beginnt sogar die nach wie vor bestehenden Ost-West Spannungen zu überlagern.

Zu Beginn der Industrialisierung haben in Europa und Nordamerika die sozialen Mißstände heftige Auseinandersetzungen der verschiedenen Klassen verursacht und die Gesellschaften dieser Länder schwer erschüttert. Die Gefahr ist nicht mehr von der Hand zu weisen, daß sich dieser soziale Konflikt infolge der bestehenden und größer werdenden Unterschiede zwischen den armen und den reichen Ländern auf Weltmaßstab wiederholt. Wenn er ausbricht, kann es vor allem in Verbindung mit ideologischen Auseinandersetzungen zu Katastrophen von unvorstellbaren Ausmaßen kommen, es sei denn, es gelingt, die Ursachen der Spannungen zu beseitigen und ihre Folgen zu mildern.

Gegenwärtig verfügen 20 Prozent der Weltbevölkerung über 80 Prozent des Welt-einkommens. Allein die Vereinigten Staaten mit knapp 6 Prozent der Weltbevölkerung produzieren ein Drittel der Welterzeugung und haben ein Drittel des Welteinkommens. Jedes Jahr müssen etwa 50 Millionen Menschen mehr ernährt werden. Die Mehrzahl von ihnen, 80 Prozent, wird in den sogenannten Entwicklungsländern geboren.

Im Jahr 1966 betrug das jährliche Pro-Kopf-Einkommen von 58 Entwicklungsländern im Durchschnitt knapp 700 DM, in der Bundesrepublik das 10fache, in den Vereinigten Staaten das 20fache. In manchen Entwicklungsländern liegt das jährliche Pro-Kopf-Einkommen allerdings noch weit unter dem Durchschnittswert von 700 DM: in Indien beträgt es 400 DM, in Afrika 450 DM. Der Abstand dieser Regionen zu den reichen Ländern ist also noch viel krasser.

Das Pro-Kopf-Einkommen ist in den Entwicklungsländern seit 1960 jährlich um 16 DM gestiegen, in der Bundesrepublik um 200 DM, in den USA um 450 DM! Die hochentwickelten Länder sind also an dem steigenden Wohlstand der Welt mit einem ungleich höheren Anteil als die Entwicklungsländer beteiligt.

Das Brutto-Sozialprodukt der Entwicklungsländer ist seit 1960 im Durchschnitt der Jahre um 4,9 Prozent gewachsen. Diese Wachstumsrate kommt dem von den Vereinten Nationen geforderten Zielwert von 5 Prozent zwar sehr nahe. Dennoch kann das Ergebnis keineswegs befriedigen: Vor allem deshalb nicht, weil eine Reihe von Entwicklungsländern hinter diesem Zielwert beträchtlich zurückbleibt, so etwa die meisten afrikanischen Länder. Auch die Wachstumsrate Indiens liegt unter 3 Prozent, die Indonesiens beträgt 2,7 Prozent. Hinzu kommt die starke Bevölkerungszunahme in den meisten Entwicklungsländern. Die Bevölkerung hat etwas mehr als zweimal so schnell zugenommen (2,5 Prozent) wie die von Europa zusammengenommen (0,2-1,0 Prozent). Dies führte dazu, daß das Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung viel geringer wuchs als das erwähnte gesamtwirtschaftliche Wachstum von 4,9 Prozent: pro Kopf der Bevölkerung stieg das Einkommen von 1960 bis 1966 jährlich lediglich um 2,3 Prozent.

Die Zukunftsaussichten der Entwicklungsländer sind keineswegs einheitlich. Eine Reihe von ihnen, vor allem in Lateinamerika und Afrika, haben die Möglichkeit, durch Kultivierung bisher nicht genutzten Landes, durch Verbesserung der Anbaumethoden und mehr noch durch Landreform und andere soziale Reformen auch für eine wachsende Bevölkerung wenigstens das Existenzminimum zu sichern. Daneben gibt es aber zahlreiche Entwicklungsländer, die kaum noch Bodenreserven besitzen und bei denen auch die industrielle Entwicklung nicht genügend fortschreitet, um der zuwachsenden Bevölkerung das Lebensnotwendige zu sichern. In diesen Ländern, zu denen etwa Indien und andere asiatische Länder zählen, müssen bereits im nächsten Jahrzehnt Hungersnöte von ungeheuren Ausmaßen befürchtet werden.

Einige wenige Entwicklungsländer erreichten bisher ein Wirtschaftswachstum, das größer ist als der Bevölkerungszuwachs. Der Zeitpunkt, da sie nicht mehr zu den Entwicklungsländern zu zählen sind, ist bereits eingetreten oder läßt sich voraussehen. Zu diesen Ländern zählen etwa Mexiko, Venezuela, Formosa und die Türkei.

Die Probleme der armen Länder bestehen zum großen Teil nicht erst seit gestern oder heute. Manche von ihnen sind bereits Jahrhunderte alt. Die Menschen hatten gelernt, mit ihnen zu leben. Tod, Krankheiten, Hungersnöte sind tägliche Erfahrungen, die sie bisher als etwas Selbstverständliches hingenommen haben. Heute aber bringen Rundfunk und Fernsehen und die modernen Transportmittel die Menschen in den Entwicklungsländern in zunehmendem Maß in Kontakt mit dem Leben der Oberschichten in ihren eigenen Ländern – etwa in Lateinamerika – und mit dem Leben in den industrialisierten Ländern. Sie lernen aus dieser Begegnung, daß ihre Armut nicht naturnotwendig oder gar gottgegeben ist. Eines Tages, sicherlich in nicht allzu ferner Zeit, wird auch der letzte Indianer am Amazonas und der letzte Ureinwohner

Neuguineas wissen, daß Armut, Unterdrücktsein, Krankheiten und früher Tod kein unentrinnbares Schicksal sind. Dieses Bewußtsein, das heute vielleicht schon eine Milliarde Menschen haben, wird dann von eineinhalb Milliarden und bald von zwei Milliarden Menschen geteilt werden. Zwei Milliarden Menschen, die wissen, daß *eine* Milliarde Menschen sich täglich satt essen können, über eine Überfülle von Gütern verfügen, die alle Möglichkeiten der Entfaltung haben, die sich bilden, reisen, gesellschaftlich engagieren können, denen eine Fülle von sozialen Diensten zu Gebote steht!

### Die Reaktion der reichen Länder

Für die sozialökonomische Entwicklung der wirtschaftsschwachen Gebiete bringen die Industrienationen zur Zeit etwa 40 Milliarden DM jährlich auf. Ein beachtlicher Zufluß an Hilfe, der allerdings seit 1961 konstant geblieben und in Anbetracht der Geldentwertung sogar leicht zurückgegangen ist. Immer noch sind jedoch die Rüstungsausgaben ungleich höher als die Leistungen für die Entwicklungshilfe. 600 Milliarden DM geben alle Industrienationen jährlich für ihre Rüstung aus.

Mit Leistungen, die 0,95 Prozent am Brutto-Sozialprodukt entsprechen, kommt die Bundesrepublik im Jahr 1967 nahe an die von der zweiten Welthandelskonferenz in Neu Delhi empfohlene ein Prozent-Marke heran. In dieser Zahl sind allerdings – wie bei der vorstehend aufgeführten Gesamthilfe – die privatwirtschaftlichen Investitionen und die aus öffentlichen Mitteln gewährten rückzahlbaren Darlehen enthalten. Etwa 3000 deutsche Experten, Fachkräfte und Entwicklungshelfer sind in den Entwicklungsländern tätig.

Das Wissen um das Ausmaß der Armut wie um die vielfältigen Auswirkungen der Unterentwicklung sind zweifellos in den vergangenen Jahren beträchtlich gewachsen und in das Bewußtsein breiter Bevölkerungsschichten gedrungen. Die Anzahl der Menschen, die anerkennen, daß geholfen werden muß, wächst ständig. In der Bundesrepublik sind es 65 Prozent der Bevölkerung.

Immer noch lehnen aber viele die Entwicklungshilfe ab. Viele bezweifeln ihre Erfolgsaussichten. Was gehen uns die Probleme der Entwicklungsländer an, fragen die einen. Wir haben unseren jetzigen Wohlstand ja auch aus eigener Kraft und mit harter Arbeit selbst geschaffen. Andere meinen, die Entwicklungsländer seien an ihrem Elend selber schuld. Sie arbeiten nicht, strengen sich nicht genügend an. Sie verschwenden die Hilfen, die sie empfangen. Sie leisten sich Kriege und Prestige-Projekte. Sie vermehren sich in einem nicht zu verantwortenden Maß.

Anderen gehen die Not und die Probleme im eigenen Land vor. Krankenhäuser, Schulen, Altersheime und Kindergärten fehlen auch bei uns. Erst müssen unsere eigenen Verkehrsverhältnisse geordnet werden, bevor wir in den Entwicklungsländern Straßen und Häfen bauen und Flüsse regulieren helfen. Erst müssen die Probleme unserer Landwirtschaft gelöst, muß die Existenz unserer Bergarbeiter gesichert sein, be-

vor wir daran denken können, bestimmte Industriezweige in unserem Land zugunsten von Einfuhren aus Entwicklungsländern schrumpfen zu lassen.

Wieder andere sagen Entwicklungshilfe und meinen Geschäft. In wenigen Jahren schon müssen Investitionen, die sie in den Entwicklungsländern tätigen, abgeschlossen sein und mit Gewinn arbeiten.

Viele, die durchaus bereit sind zu helfen, beginnen angesichts des Ausmaßes der Not an dem Erfolg der Entwicklungshilfe zu zweifeln. Sie weisen darauf hin, daß bisher trotz aller Hilfe die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher geworden sind.

### Was ist Entwicklung?

Mehr und mehr wird aber auch die Frage nach dem Sinn und dem Ziel der Entwicklung gestellt. Ist Entwicklung gleichbedeutend mit wirtschaftlichem Wachstum, wie viele auch heute noch meinen? Bedeutet Entwicklung nur mehr Geld, bessere Kleider, Autos, Reisen, weniger Kinder, mehr Ordnung und Ruhe?

Jeder Mensch ist gerufen, sich zu entwickeln, sagt Papst Paul VI. in seiner Enzyklika über den Fortschritt der Völker. Von Geburt ist allen eine Fülle von Fähigkeiten und Eigenschaften gegeben, die Frucht tragen sollen. Nicht nur dieser oder jener, alle Menschen sind zur vollen Entfaltung berufen. Mehr *haben* ist weder für den einzelnen noch für die Völker das letzte Ziel.

Entwicklung ist der „Weg des einzelnen und der Menschheitsfamilie von weniger menschlichen zu menschlicheren Lebensbedingungen“.

„Weniger menschlich, das sind die materiellen Nöte derer, denen das Existenzminimum fehlt; das sind die sittlichen Nöte derer, die vom Egoismus zerfressen sind. Weniger menschlich: das sind die Züge der Gewalt, die im Mißbrauch des Besitzes oder der Macht ihren Grund haben, in der Ausbeutung der Arbeiter, in ungerechtem Geschäftsgebaren. Menschlicher: das ist ein Aufstieg aus dem Elend zum Besitz des Lebensnotwendigen, die Überwindung der sozialen Mißstände, die Erweiterung des Wissens, der Erwerb von Bildung. Menschlicher: das ist das deutlichere Wissen um die Würde des Menschen, das Ausrichten auf den Geist der Armut, die Zusammenarbeit zum Wohle aller, der Wille zum Frieden. Menschlicher: das ist die Anerkennung letzter Werte von seiten des Menschen und die Anerkennung Gottes, ihrer Quelle und ihres Zieles. Menschlicher: das ist endlich vor allem der Glaube, Gottes Gabe, angenommen durch des Menschen guten Willen, und die Einheit in der Liebe Christi, der uns alle ruft, als Kinder am Leben des lebendigen Gottes teilzunehmen, des Vaters aller Menschen.“

(Populorum progressio, Nr. 20–21)

Das bedeutet, daß es vor allem um die Armen, Unterdrückten und Verlassenen geht, etwa um den Menschen in den Elendsvierteln der großen Städte, in Bangkok, Lagos oder Rio de Janeiro. Der ohne festen Arbeitsplatz ist. Ohne die Möglichkeit sich zu bilden. Ohne Chance, sich aktiv an der Gestaltung der Gesellschaft zu beteiligen. Der nur Aussicht auf noch mehr Hunger, Elend und frühen Tod hat. Der in einer men-

schenunwürdigen Behausung dahinvegetiert zusammen mit Hunderttausenden, die in der gleichen Lage sind wie er. Entwicklung heißt, daß dieser Bewohner der Elendsviertel, der Favelado, wie er in Brasilien heißt, der Poblador, wie er in Argentinien, Chile und Guatemala genannt wird, der Slumdweller, die wirkliche Chance erhält, sein Leben und seine Fähigkeiten zu entfalten. Er muß Zugang zu Bildungseinrichtungen erhalten. Er muß den notwendigen Lebensunterhalt für sich und seine Familie erwerben können. Er muß seine Anliegen vor dem Staat und der Gesellschaft vortragen können. Er muß sich mit den anderen, die in der gleichen Lage sind, zusammenschließen können. Er muß protestieren können, wenn er in seiner Menschenwürde verletzt wird. Er muß mitbestimmen können, wenn über sein Schicksal entschieden wird. Er muß sich über die politische und soziale Situation und die gesellschaftlichen Prozesse informieren können, damit er in der richtigen Weise mitentscheiden kann.

Entwicklung bedeutet, daß in den Entwicklungsländern die Voraussetzungen für ein gesundes Wirtschaftswachstum und eine gerechte Einkommensverteilung geschaffen werden. Nur wenn das erreicht wird, kann die jährlich zuwachsende Bevölkerung in ausreichendem Maß ernährt werden. Entwicklung bedeutet, daß *gesellschaftliche Strukturen* geschaffen werden, die allen Menschen die Entfaltung ihrer Persönlichkeit ermöglichen. Entwicklung heißt, daß die Beziehungen der Menschen und Gruppen untereinander von den Forderungen der Liebe, der Gerechtigkeit und der Freiheit bestimmt werden. Entwicklung heißt mehr Freiheit: Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Redefreiheit. Entwicklung heißt Aktion im Interesse des Allgemeinwohls. Entwicklung will das Ende jeder Diskriminierung.

Entwicklung bedeutet, daß die Beziehungen der Länder unserer Welt untereinander von der Solidarität getragen werden. Es ist letztlich derselbe Mangel an Solidarität, wenn in den Entwicklungsländern einige sich auf Kosten vieler durch Korruption bereichern, wie wenn hier bei uns die Gesellschaft ihre alten und schwachen Glieder vergißt. Dieselbe solidarische Verpflichtung, die für die Glieder der eigenen Familie, des eigenen Volkes anzuerkennen ist, gilt besonders für die schwachen Glieder der Menschheitsfamilie.

„Entwicklung ist der neue Name für Friede.“ Alle Menschen und alle Völker, die den Weg der Entwicklung gehen, sind auf dem Weg zum Frieden. Der Weg selbst wird keineswegs immer friedvoll sein. Große Hindernisse sind zu überwinden. Die Regierungen der Entwicklungsländer müssen auf allen Gebieten der Wirtschaftspolitik, der Bildungspolitik, der Sozialpolitik ungeheure Anstrengungen unternehmen, um den Anforderungen der Entwicklung gerecht zu werden. Die Menschen in den Entwicklungsländern müssen hart arbeiten, Opfer bringen. Sie müssen bereit sein, alte Traditionen zu überwinden um des Neuen willen, sich anspornen lassen, lernen. Unterdrückte Völker, deren Freiheit eingeschränkt ist, die in ihrer Menschenwürde verletzt werden, denen die soziale Gerechtigkeit verweigert wird, müssen Mittel und Wege finden, ungerechte Willkürherrschaft zu beseitigen. In extremen Situationen werden diese Veränderungen nicht ohne Gewaltanwendung möglich sein. Wir, die Menschen in den

reichen Ländern müssen begreifen, daß wir mitverantwortlich sind für die Entwicklung der wirtschaftlich und sozial unterentwickelten Länder. Wir müssen anerkennen, daß die Menschen in den armen Ländern die gleichen Rechte auf Freiheit, Achtung der Menschenwürde, Entfaltung der Persönlichkeit haben wie wir, und wir müssen uns deswegen für diese Menschen engagieren.

### Die Erfordernisse der Entwicklungspolitik

Seit mehr als 10 Jahren wird Entwicklungshilfe gegeben. Vom Staat, von internationalen Organisationen, von den Kirchen, von anderen, privaten Institutionen. Viele Hilfsmaßnahmen brachten nicht die erhofften Erfolge. Häufig berichten Presse und Fernsehen von Fehlschlägen und unbefriedigenden Ergebnissen.

Was haben wir falsch gemacht? Was ist so schwer an der Entwicklungshilfe, daß es zu so vielen Fehlschlägen gekommen ist? Eines vorweg: Auch wenn in Zukunft die Hilfen sorgfältiger geplant werden, auch wenn eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Geber- und den Nehmerländern zustande kommt, auch wenn die internationalen Organisationen ihre Aufgaben besser erfüllen, *Fehlschläge* wird es immer wieder geben. Die Aufgabe ist zu schwer und zu neu, um sie ohne Reibungen und ohne Schwierigkeiten bewältigen zu können. In vielen Fällen muß ein Risiko in Kauf genommen werden, um den richtigen Weg zu finden. In der Weltraumtechnik wird es als normal empfunden, daß mehrere Fehlstarts notwendig sind, um eine einzige Rakete erfolgreich zu starten. Das Entwicklungswerk ist schwieriger, weil es alle Bereiche des persönlichen und gesellschaftlichen Lebens umfaßt. Es ist vielleicht zu vergleichen mit dem langwierigen und immer noch nicht vollendeten Integrationsprozeß der Arbeiterschaft in unserer Industriegesellschaft bis hin zur vollen Mitbestimmung. Auf dem Weg, den die jetzt noch unterprivilegierten Völker zurücklegen müssen, bis sie gleichberechtigte Partner der Menschheitsfamilie geworden sind, wird es noch viele Fehlschläge geben. Wir dürfen uns von ihnen nicht entmutigen lassen. Wir müssen sie benutzen, um die Voraussetzungen und Bedingungen für die Wirksamkeit der Hilfe immer besser kennenzulernen.

### Die Rolle der Entwicklungsvölker beim Entwicklungswerk

Die *Entwicklungshilfe* ist nur ein Teil des gesamten Entwicklungswerks. Sie bedeutet für die Lösung der Probleme in den Entwicklungsländern zwar einen wichtigen und unerläßlichen Beitrag. Jedoch wird der Hauptteil am Entwicklungswerk wie bisher auch in der Zukunft von den Völkern der Entwicklungsländer selbst erbracht werden müssen. Nur ein Fünftel der gesamten Investitionen, die den Entwicklungsländern zukommen, kommen vom Ausland.

Entwicklungshilfe kann sich optimal nur auswirken, wenn sie den *wirklichen Bedürfnissen* des Empfängerlandes entspricht und wenn sie im entwicklungspolitischen Gesamtkonzept so eingepaßt wird, daß sie das Höchstmaß an Fortschritt bringt. Das gilt auch für ganz arme Entwicklungsländer, für sie vielleicht noch mehr. Es ist also eine eigene Entwicklungspolitik der Entwicklungsländer erforderlich. Diese umfaßt weit mehr als die Partnerschaftsleistung in einem bestimmten Projekt. Entwicklungspolitik so verstanden meint die Gesamtheit der gesellschaftspolitischen Ordnung eines Landes, seine Sozial-, Wirtschafts- und Bildungspolitik, die Verwaltung, und zwar unter der Fragestellung, wieweit sie die Entwicklung und den Fortschritt des einzelnen wie der Gesellschaft fördert bzw. hindert. Wenn die Entwicklungshilfe in der Zukunft verbessert werden soll, müssen auch die Entwicklungsländer darlegen, welches *ihre* Maßnahmen für die zweckmäßige Verwendung der Mittel sind. Nach welchem Gesamtkonzept *sie* vorgehen. Welche Prioritäten *sie* ihren Entwicklungsplänen zugrunde legen. Welches *ihre* Maßnahmen zur Mobilisierung des Selbsthilfewillens sind. Ob und in welchem Ausmaß sie den gesellschaftlichen Kräften außerhalb des Staates freien Spielraum gewähren und Verantwortung übertragen. Ob sie bereit sind, Korruption und Ineffizienz der Verwaltung zu bekämpfen. Ob sie Anstrengungen unternehmen, veraltete Sozialstrukturen, agrarische Feudalsysteme abzuschaffen. Welche Steuerpolitik *sie* betreiben wollen. Welche Anstrengungen *sie* unternehmen wollen, um die notwendigen Führungskräfte für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft auszubilden.

Für ein Land, das bereit ist, Entwicklungshilfe zu leisten, ist es wichtig zu wissen, wer den Zugang zu den Früchten der Entwicklung hat. Ob also die Hilfe wenigstens auf lange Sicht allen, insbesondere den wirklich notleidenden Menschen zugute kommt oder nur einer kleinen, ohnehin privilegierten Schicht. Hat es Sinn, Entwicklungshilfe zu geben, die infolge leistungsschwacher oder korrupter Staatsverwaltung ihre Wirksamkeit verliert oder sich im Bewußtsein der Bevölkerung sogar in ihr Gegenteil verkehrt und zu dem Vorwurf führt: „Ihr helft mit eurer Entwicklungshilfe nicht dem Volk, sondern den ohnehin Privilegierten?“

Soll ein Land Agrarhilfe erhalten, dessen bebaubarer Boden in den Händen weniger Eigentümer ist, die das Land durch Pächter und Landarbeiter bebauen lassen, die fast untragbare Pachten und Abgaben erbringen müssen und deshalb nie eine Chance haben, freie und selbständige Bauern zu werden? Ein Land, das keinen Fortschritt in der landwirtschaftlichen Produktion und Produktivität erzielen kann, weil die Eigentümer an einer intensiven Nutzung des Bodens nicht interessiert sind und die eigentlichen Bauern wegen der Ausbeutung die Mittel dafür nicht aufbringen können? Muß nicht dieses Land das Eigentum am Boden neu ordnen und die Pächter und Landarbeiter zu Landeigentümern machen, *bevor* jede Agrarhilfe sinnvoll und zu vertreten ist?

Soll ein Land Wirtschaftshilfe erhalten, dessen Bewohner in der Mehrzahl noch in den traditionellen Stammesverbänden leben und eine Wirtschaftsauffassung haben,

nämlich die der Eigenversorgung der Familie, die nicht auf wirtschaftliche Expansion gerichtet ist? Muß nicht die Führung dieses Landes erst einen Aufklärungs- und Bildungsprozeß unter den Massen der Bevölkerung einleiten, der darauf abzielt, entwicklungshemmende Haltungen und Verhaltensweisen zu beseitigen und entwicklungsfördernde einzuführen, bevor Wirtschaftshilfe angebracht ist?

Müssen die Inder nicht erst ihre heiligen Kühe schlachten und wirksame Maßnahmen zur Vernichtung der Ratten ergreifen, die ein Drittel der gesamten indischen Ernte fressen, ehe wir helfen können und dürfen? Dürfen wir in einem Land helfen, das von einer Diktatur beherrscht wird? Dürfen wir in einem Land helfen, das sich mit seinem Nachbarland um seine Grenzen streitet und einen Krieg zur Erreichung seiner Ziele beginnt? Dürfen wir helfen, wenn in einem Land revolutionäre Spannungen und Auseinandersetzungen jede vernünftige Planung behindern und begonnene Hilfsmaßnahmen in Gefahr bringen? Sollen wir helfen, wenn ein Volk sich mit 2,5 und mehr Prozent jährlich vermehrt und nicht genügend Anstrengungen unternimmt, diese Bevölkerungsexplosion einzudämmen?

Eine gute Entwicklungspolitik der Entwicklungsländer ist notwendig, aber schwierig. Einfache und schnelle Antworten gibt es nicht. Eines steht fest: die reichen Länder haben nicht das Recht, nichts zu tun, nur weil die Entwicklungspolitik eines Landes nicht unseren Vorstellungen entspricht oder uns nicht paßt. Jedoch ist vielleicht die Forderung gerechtfertigt, solchen Ländern bevorzugt Entwicklungshilfe zu leisten, die in ihren Bemühungen, eine entwicklungsgerechte Politik zu verwirklichen, am weitesten fortgeschritten sind. In diesem Sinn ist auch ein armes Land wie Niger besonders förderungswürdig.

### Die Rolle der Hilfe gebenden Länder

Welche Rolle haben die Industrieländer beim Entwicklungswerk zu spielen? Die gewählte Vertretung unseres Volkes, Parlament und Regierung, wie die der anderen reichen Völker, müssen zunächst ihr *Hilfsangebot* auf den Tisch legen. In diesem Angebot müssen die Motive, Ziele, Bezugs- und Orientierungspunkte deutlich werden, nach denen Umfang, Instrumentarium der Hilfe, Hilfsformen, Sachbereiche der Hilfe, Formen und Art des Dialogs mit den Entwicklungsländern bewertet werden können.

Es ist sicher ein großer Fortschritt, wenn sich die Industrieländer auf einen Prozentsatz einigen, den sie von ihrem Sozialprodukt für Entwicklungshilfe abzweigen wollen. Aber dieser Prozentsatz darf nicht willkürlich festgesetzt, er muß begründet werden. Er muß etwa an den tatsächlichen Bedürfnissen der Entwicklungsländer orientiert werden. Es muß möglich sein, diesen Prozentsatz mit dem Prozentsatz für den Militärhaushalt zu vergleichen und nach den Gründen für die unterschiedliche Höhe zu fragen. Da längst Zweifel daran aufgekommen sind, ob der Friede in der Welt nur durch militärische Kräfte aufrechterhalten werden kann, und da offenkundig ist, daß

wirtschaftliche Gegebenheiten den Frieden in immer stärkerem Maß mitbestimmen, ist dieser Vergleich kein Ansinnen von Utopisten mehr. Selbstverständlich muß bei der Diskussion über den Umfang der Hilfe auch die Frage geprüft werden, welche Mittel die jeweiligen Entwicklungsländer in der jeweiligen Entwicklungsphase verkraften können.

Im Angebot der reichen Länder muß Klarheit über die *Motive der Hilfe* herrschen. Es sollte selbstverständlich sein, daß die Bedürfnisse der Entwicklungsländer die oberste Leitlinie für die Entwicklungshilfe sind. Erst wenn auf diese Bedürfnisse Rücksicht genommen worden ist, dürfen Interessen der Außenpolitik, Wirtschaftsinteressen usw., Platz finden. Um der Glaubwürdigkeit der Hilfe willen sollten Geschäfte mit den Entwicklungsländern als Geschäfte bezeichnet werden und nicht als Hilfe. Regierung und Parlament müssen der Bevölkerung bei der Darlegung der Motive deutlich machen, welche Opfer für die Volkswirtschaft und für die Gesellschaft, für den einzelnen oder für bestimmte Gruppen der Gesellschaft mit der Entwicklungshilfe verbunden sind.

Das Angebot der reichen Länder muß auch klar erkennen lassen, welche Prioritäten für die einzelnen Instrumente, Hilfsformen und Sachbereiche der Hilfe gelten sollen und *wie* diese operationell miteinander verbunden und eingesetzt werden sollen.

Ein besonders wichtiges Instrument der Entwicklungspolitik ist der Beitrag der wohlhabenden Länder zur Entwicklung des *internationalen Handels*. Auf den Welt-handelskonferenzen 1964 in Genf und 1968 in Neu Delhi haben die Vertreter der Entwicklungsländer immer wieder darauf hingewiesen, daß die Verbesserung des internationalen Handels, insbesondere die Stabilisierung der Rohstoffmärkte, die Öffnung der Märkte in den wohlhabenden Ländern für Rohstoffe, Halbfertigerzeugnisse und bestimmte Fertigwaren, die arbeitsintensiv hergestellt werden, den Entwicklungsländern mehr Fortschritte brächten als alle bisher geleistete Entwicklungshilfe. Jede Regierung, die ehrlich bemüht ist, bei der Lösung der Probleme in den Entwicklungsländern zu helfen, muß sich mit diesen Forderungen befassen. Sie muß prüfen, ob die Zölle für Rohstoffe, Halbfertigerzeugnisse, Fertigerzeugnisse gesenkt oder beseitigt werden müssen. Sie muß Strukturänderungen in der eigenen Volkswirtschaft verwirklichen helfen, die sich im Zug dieser Handelspolitik ergeben. Es könnte durchaus sein, daß einer unserer wichtigsten Beiträge in der Zukunft darin besteht, daß wir durch Strukturänderungen unserer eigenen Wirtschaft Entwicklungsländern die Möglichkeit geben, bei uns Erzeugnisse zu verkaufen, die sie billiger als wir herstellen können. Unser „Opfer“ bestünde darin, daß wir die Industriezweige, die diese Güter bisher herstellten, drängen, sich mit Kapital und Arbeitskräften in anderen Industriebereichen zu engagieren und ihnen dafür einen Lastenausgleich (Investitionshilfen, Umschulungshilfen usw.) gewähren. Eine solche Handelspolitik würde den Entwicklungsländern Mittel geben, ohne sie in die Rolle von Hilfsempfängern zu drängen. Noch größere Dimensionen erhielte diese Politik, wenn sie im Rahmen der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, der EFTA, der OECD usw. verfolgt würde. In jedem Fall

ist zu fordern, daß die Bundesrepublik ihren Beitrag auf diesem Gebiet bekanntgibt und zur Diskussion stellt.

Als problematisch hat sich die Hilfe erwiesen, die den Entwicklungsländern in Form von langfristigen, zinsbilligen *Krediten* für Projekte der Industrialisierung und für die Entwicklung von Infrastrukturen (Straßen, Häfen usw.) gegeben wurde. Bereits heute sind die Entwicklungsländer in großem Maß verschuldet. Bei manchen Ländern sind die Rückzahlungsraten schon so hoch, daß für die weitere Entwicklung nicht mehr genügend Mittel zur Verfügung stehen und deshalb entwicklungspolitisch negative Wirkungen entstehen. Für die Industrieländer wird deshalb die Umschuldung zu einem wichtigen neuen entwicklungspolitischen Instrument. Ein anderes Problem der Kapitalhilfe, das die Entwicklungsländer kritisieren, ist die *Lieferbindung* bei der Kapitalhilfe, d. h. die Auflage, daß das Hilfe empfangende Land die mit der geplanten Investition verbundenen Güterlieferungen im Geberland tätigen muß. Diese (von der Bundesrepublik bisher nur in Einzelfällen geforderten) Lieferbindungen haben zur Folge, daß das Entwicklungsland häufig zu teuer einkauft, nicht immer die wirklich benötigten Ausrüstungsgegenstände in der richtigen Qualität bekommt, Nachteile wie fehlende Wartung usw. in Kauf nehmen muß. Auch hier muß die Bundesrepublik ihre Politik klarlegen.

Die Bedeutung der Wirtschaftshilfe für die Entwicklung auf lange Sicht ist zu unterstützen. Gleichwohl sollte sorgfältig geprüft werden, ob das gegenwärtige Verhältnis zwischen Wirtschaftshilfe und *Bildungshilfe* den Bedürfnissen der Entwicklungsländer entspricht. Ob nicht die Hilfe für die Bildung, für die Allgemeinbildung und die Berufsausbildung, für die Ausbildung von Führungskräften für Gesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung beträchtlich gesteigert werden sollte. Ob die Auswahl der bisher bevorzugten Länder und die Gewichtung der einzelnen Bereiche richtig war. Ob die Nahrungsmittelhilfe etwa, d. h. die Lieferung von landwirtschaftlichen Überschußprodukten aus Europa, eine zeitgerechte Form der Hilfe ist, wenn sie – abgesehen von Katastrophenfällen (Hungersnöten) – nicht in Verbindung mit produktionssteigernden Maßnahmen durchgeführt wird.

Zum entwicklungspolitisch wichtigen Instrumentarium gehören auch die *organisatorischen Voraussetzungen* und Bedingungen für eine wirksame nationale Entwicklungspolitik. Die mit der Durchführung der Entwicklungspolitik beauftragten Organe müssen so organisiert und ausgestattet sein, daß sie ihre Aufgabe wirksam wahrnehmen können. Zersplitterung der Zuständigkeiten beispielsweise, wie sie heute noch gängig ist, ist der Wirksamkeit der Entwicklungshilfe abträglich.

Schließlich gehört zum Instrumentarium der Entwicklungspolitik auch die *Zusammenfassenden Voraussetzungen* und Bedingungen für eine wirksame nationale Entwicklungsvertreter der nationalen Entwicklungspolitik müssen sagen, wie sie zu dieser Zusammenarbeit in der Praxis stehen. Die Mehrzahl der entwicklungspolitischen Entscheidungen wird auch heute noch von Nationalstaaten getroffen, obwohl Ausmaß und Schwierigkeit der Probleme Entscheidungen von viel höherer Warte als der der Na-

tionalstaaten erforderte. Die angekündigte Absicht der Vereinten Nationen, Leitlinien für das Entwicklungswerk der siebziger Jahre aufzustellen, ist zu begrüßen. Sie macht deutlich, daß die Weltorganisation die Notwendigkeit erkannt hat, für das Entwicklungswerk mehr Verantwortung zu übernehmen.

Die Industrieländer müssen auch deutlich machen, in welcher Form sie die Partnerschaft mit den Entwicklungsländern verwirklichen und wie sie den Dialog mit den armen Ländern führen wollen. Das Thema ist gegeben: das Entwicklungswerk und seine Verwirklichung. Wenn wir uns der Verantwortung für den „sozialen Weltfrieden“, für das Entwicklungswerk stellen, das ja nicht nur ein Werk einzelner Länder ist, sondern der *ganzen* Welt, dann haben wir auch das Recht und die Pflicht, uns mit den entwicklungspolitischen Vorstellungen der Entwicklungsländer auseinanderzusetzen. Wir müssen und dürfen kritisieren, Ratschläge geben, Konzepte oder Teile derselben ablehnen oder anerkennen. Die Regierungen müssen sich bemühen, für diese Auseinandersetzung, für diesen Dialog *neue* Formen des Umgangs zu finden. Die beiden Welthandelskonferenzen haben bei aller Skepsis gegenüber ihren Ergebnissen Wege gezeigt, wie in der Zukunft diese Umgangsformen aussehen könnten und daß man auf dem Wege ist.

### Der Beitrag der einzelnen zum Entwicklungswerk

Wir haben von den Regierungen der reichen Länder gefordert, daß sie ihr Angebot auf den Tisch legen und ihre Entwicklungspolitik formulieren. Was aber sollen wir, die Staatsbürger und Mitglieder gesellschaftlicher Gruppen, tun?

Unsere erste Pflicht ist, uns zu *informieren*. Wir müssen die Probleme der Entwicklungsländer kennenlernen. Dieses Kennenlernen ist wichtig, damit wir unseren Sinn, der vielleicht zu eng auf unsere eigenen Probleme und die unserer engsten Nachbarn gerichtet war, ändern. Damit wir begreifen, daß die Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika unsere Nachbarn sind. Damit wir die Notwendigkeit unseres Engagements erkennen.

Sodann müssen wir zum Angebot unserer Regierung an die Entwicklungsländer *Stellung nehmen*. Wenn oder insoweit unsere Regierung noch kein Konzept für ihr Angebot entwickelt hat, müssen wir fordern, daß sie es tut. Wir müssen zu den Orientierungs- und Bezugspunkten unserer Entwicklungspolitik Stellung nehmen. Wir müssen Umfang der Hilfe, Motive, Instrumentarium bejahen oder kritisieren. Wir müssen Parlament und Regierung drängen, mehr Hilfe zu leisten, ein besseres Instrumentarium der Hilfe zu entwickeln, wenn das bisherige nicht effizient war. Wir müssen Regierung und Parlament sagen, bis zu welcher Grenze wir bereit sind, Opfer zu bringen. Wir müssen in den Gemeinden, Verbänden, Berufsgruppen über diese *Opfergrenze* diskutieren. Die Diskussion muß radikal sein, wir dürfen keine Tabus dulden: Wir müssen die Frage diskutieren, ob wir bereit sind, etwa unsere Textilindustrie zu-

gunsten von Textileinfuhren aus Entwicklungsländern schrumpfen zu lassen und die damit zusammenhängenden innenpolitischen Konsequenzen auf uns zu nehmen. Wir müssen fragen, ob der Prozentsatz des Militärhaushalts unumstößlich ist oder zugunsten des Entwicklungshaushalts verkleinert werden könnte. Wir müssen die Probleme der Bevölkerungsexplosion und der Familienplanung diskutieren. Wir müssen alle Wege nutzen, die uns unsere Gesellschaftsordnung bietet, um unsere Einsichten und unser Wollen Regierung und Parlament deutlich zu machen: die Wahl, das Gespräch mit dem Wahlkreisabgeordneten, die Verbandslobby, die Diskussion in Parteigremien, die publizistischen Möglichkeiten und die Demonstration. Schulen und Hochschulen müssen die Probleme der Unterentwicklung und unsere Verantwortung für die Lösung dieser Probleme zu einem festen und wichtigen Bestandteil ihrer Lehrprogramme machen. Pädagogen und Fachleute der Entwicklungshilfe sind aufgefordert, gemeinsam Lehrmaterial für diesen Zweck zu erarbeiten.

Ein Staatsbürger, eine gesellschaftliche Gruppe, die einer Entwicklungspolitik zustimmen, die an den Bedürfnissen der Entwicklungsländer orientiert ist und die ein hohes Maß an Opfergeist von den Staatsbürgern fordert, haben bereits viel getan. Sie haben sich in außerordentlicher Weise engagiert. Wie anders kann sich Engagement vollziehen, wenn es um eine Angelegenheit geht, die den Globus als Ganzen betrifft und deren spezielles Betätigungsfeld im Augenblick etwa Fernostasien oder Südamerika sein sollte? Er kann aber noch mehr tun. Er kann für „Misereor“ oder „Brot für die Welt“ spenden oder sich regelmäßig an der Aktion „Brüderlich Teilen“ beteiligen. Er kann, wenn er die Voraussetzungen dafür erfüllt, sich für den Friedensdienst in der Entwicklungshilfe melden. Er kann als Wissenschaftler, Politiker und Theologe an der Planung oder Durchführung des Entwicklungswerks mitwirken.

### Die Aufgaben der Kirche im Entwicklungswerk

Kann die Kirche noch einen besonderen Beitrag zum Entwicklungswerk leisten? Die Kirche kann zunächst einmal der Bevölkerung in den Industrieländern die Notwendigkeit der Hilfe und selbst spürbarer Opfer unablässig vor Augen führen. Sie kann auf Regierung, Parlament, aber auch auf die Wirtschaft und die gesellschaftlichen Kräfte einwirken, damit die Entwicklungspolitik im Rahmen der Gesamtpolitik den Rang erhält, den sie braucht, um die ungeheuren Aufgaben des Entwicklungswerks zu bewältigen.

Der Weltkirchenkonferenz von Uppsala lag ein Arbeitspapier vor, in welchem unter anderem das Stichwort auftaucht: „To preach the gospel in the world's agenda“: Das Evangelium zu verkündigen in der Tagesordnung der Welt. Auch das ist eine besondere Aufgabe der Kirche, zu den großen weltbewegenden Problemen *Stellung zu nehmen*: Zu den von der Enzyklika geforderten gerechten Handelsbeziehungen, zu den Fragen der Bevölkerungsentwicklung und der Geburtenplanung, zur Problematik der Revolution.

Die Kirche kann aber auch mit ihren *eigenen Hilfsprogrammen*, wie etwa der Aktion Misereor, eine besondere Rolle spielen. Solche Programme können zwar die Not insgesamt nicht beseitigen. Dennoch kann die Kirche in den Entwicklungsländern wegen ihrer engen Verbindung mit dem Volk und wegen ihrer Einsicht in die Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Entwicklung eine wichtige Rolle im gesamten Entwicklungswerk erfüllen. Die Kirche kann in bestimmten Bereichen von besonderer Wichtigkeit Modelle entwickeln – etwa eine Bodenreform auf kircheneigenem Land –, die beispielhaft für den Staat oder andere gesellschaftliche Gruppen sein können. Häufig bewirkt allein die Tatsache, daß ein solches Modell verwirklicht werden konnte, daß die staatliche Entwicklungspolitik beschleunigt und verbessert wird. In vielen Entwicklungsländern ist die Kirche wie keine andere gesellschaftliche Kraft geeignet, den für die Entwicklung notwendigen sozialen Wandel herbeizuführen.

In zahlreichen abgelegenen Gebieten der unterentwickelten Länder ist die Kirche häufig die *einzigste Kraft*, die überhaupt Entwicklungsimpulse geben kann. Den großen Massen der notleidenden Bevölkerung wird damit zum ersten Mal die Chance gegeben, ihre Lebenslage zu verbessern. Dieser unmittelbare Kontakt mit den Notleidenden führt häufig dazu, daß ganz neue Initiativen und neue Typen von Hilfsmaßnahmen zustande kommen. Im Archiv des Werkes Misereor sind eine Fülle solcher Beispiele zu finden: etwa landwirtschaftliche Hilfs- und Beratungsdienste für Kleinbauern, Gesundheitsgenossenschaften für die Bevölkerung von Elendsvierteln, Erwachsenenbildung über Radio, Organisierung von Selbsthilfegruppen aller Art usw. Durch solche Maßnahmen kann sich die Kirche an die Spitze der Entwicklungsbewegung setzen; sie kann ihr, zumindest in Teilbereichen, Richtung und Dynamik geben. Sie kann dem Entwicklungswerk die richtigen Akzente setzen, die richtigen gesellschaftspolitischen Prioritäten. Sie kann durch praktische Beispiele unter Beweis stellen, daß Hilfe zur Selbsthilfe kein leeres Schlagwort ist. Die Kirche gehört auch zu den Kräften, die mit dafür sorgen können, daß das Entwicklungswerk nicht primär von den eigenen wirtschaftlichen oder politischen Interessen der gebenden Länder bestimmt wird, sondern daß es in erster Linie die Interessen der Entwicklungsländer im Auge hat und innerhalb der Entwicklungsländer den Unterprivilegierten zugute kommt.

Die Kirche kann vor allem auch die *Menschen* erreichen, die das Entwicklungswerk tragen und durchführen sollen. Ohne Menschen, die mit der richtigen Gesinnung und den notwendigen Fähigkeiten ans Werk gehen, gibt es keine *Entwicklungsbewegung*, kein menschliches Entwicklungswerk. Das persönliche Engagement in den Entwicklungsländern, von Ärzten, Gewerkschaftlern, Landarbeiterführern, Unternehmern, Wissenschaftlern, Erziehern usw. ist vielleicht der wertvollste Beitrag kirchlicher Entwicklungshilfe.

Ihre volle Dynamik wird die kirchliche Entwicklungshilfe allerdings erst dann entfalten können, wenn es gelingt, ähnliche Aktionen wie Misereor bzw. die anderen europäischen Fastenaktionen auch *in den Notgebieten selbst* heimisch zu machen und einzuwurzeln. Erste hoffnungsvolle Ansätze, die nicht zuletzt durch das Konzil nach-

drücklich begünstigt wurden, sind in Hongkong, in der südafrikanischen Republik, in Brasilien, Mexiko und in Indien zu verzeichnen. Es darf erwartet werden, daß diese Ansätze einen kräftigen Auftrieb erhalten, nachdem es gelungen ist, die „*Internationale Arbeitsgemeinschaft für sozialökonomische Entwicklung*“ in Gang zu bringen. Zu dieser Arbeitsgemeinschaft haben sich die bestehenden Fastenaktionen in den europäischen Ländern und den USA zusammengeschlossen, um vor allem drei Ziele zu erreichen: eine Abstimmung der Hilfen, die Erhöhung der Mittel durch die Gründung von weiteren Aktionen in anderen entwickelten Ländern und schließlich die Bildung von kirchlichen Hilfsaktionen in den Entwicklungsländern selbst.

Schließlich muß die Kirche auch den Dialog mit unserer nationalen und mit der internationalen Entwicklungspolitik, mit den Vereinten Nationen, mit der Industrie wie mit den Entwicklungsländern suchen und führen. Dieser Dialog ist einmal erforderlich, damit sichergestellt ist, daß die kirchlichen Hilfsprogramme nicht an den allgemeinen Erkenntnissen und Erfahrungen vorbei durchgeführt werden, sondern daß sie sich in die Entwicklungspläne sinnvoll einpassen. Zum anderen muß sich die Kirche mit der allgemeinen nationalen und internationalen Entwicklungspolitik auseinandersetzen und besonders zu den Fragen von grundsätzlicher Bedeutung Stellung nehmen.

### Weltfriedenspolitik der Bundesrepublik

Angesichts der Weltlage erscheint nichts vordringlicher als die schnelle und beträchtliche Steigerung der Anstrengungen zur Sicherung des *Weltfriedens*. Entwicklungshilfe ist vielleicht der wirksamste und am meisten *glaubwürdige Beitrag*, den das deutsche Volk in seiner gegenwärtigen geschichtlichen Situation beisteuern kann.

Die Bundesrepublik sollte daher neue und auch kühne Schritte nicht scheuen und der Weltfriedenspolitik zusätzliche Impulse geben. Die Verlagerung von Mitteln für militärische Zwecke auf die Entwicklungshilfe (*Populorum progressio*, Nr. 52) wäre eine Möglichkeit. Eine solche Politik würde gleichzeitig zur Entspannung in beiden großen Spannungsfeldern, dem Ost-West- wie dem wachsenden Nord-Süd-Gegensatz, beitragen und nicht zuletzt auch die ostpolitischen Absichten der derzeitigen Bundesregierung in den Augen der östlichen Nachbarn deutlich unterstreichen. Eine solche Akzentuierung der deutschen Entwicklungspolitik als Friedenssicherungspolitik würde die Entwicklungshilfe als *Aufgabe und Chance* für die *junge Generation* in der Bundesrepublik erheblich attraktiver machen und so zur Lösung unserer eigenen gesellschaftspolitischen Probleme beitragen. Eine Umschichtung in Höhe von *einem Prozent des Verteidigungshaushalts* wäre ein erster Schritt, der auch die eigenen Sicherheitsbedürfnisse nicht außer acht ließe. Die Bundesregierung sollte gleichzeitig die übrigen Industrienationen in West und Ost einladen, diesem Schritt ähnliche Maßnahmen zugunsten eines *gemeinsamen Entwicklungswerkes* folgen zu lassen. Auch sollten gemeinsame Hilfsprogramme, von Ost und West getragen, in die Wege geleitet werden.